



Rede von Helga Bisier zur Ratssitzung am 4. Juli .2019

TOP 11, Resolution verlässliche Betreuung an Schulen

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste.

Wir alle wissen um die unbefriedigende Versorgung mit Plätzen im Offenen Ganztage. Dieses Problems haben wir uns bereits im vergangenen Jahr angenommen und für die kommenden drei Schuljahre jeweils drei neue OGS-Gruppen für den städtischen Haushalt gefordert. Hierfür haben wir bekanntlich keine politische Mehrheit bekommen.

Jetzt kommen die ersten neuen Gruppen zum Beginn des neuen Schuljahres auf Initiative von Oberbürgermeister und Dezernentin. Weiter folgen zum nächsten Halbjahr im Februar 2020. Dafür gebührt ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön! Denn das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wir bedanken uns aber auch ausdrücklich bei den engagierten Eltern, die sich in den letzten Wochen dafür eingesetzt haben.

Aber das reicht natürlich noch nicht. Damit alle Grundschulkinder, deren Eltern berufstätig sind, nach der Schule verlässlich betreut werden können, braucht es noch eine enorme Kraftanstrengung bei den nächsten Haushaltsberatungen.

Trotzdem werden wir die bedarfsgerechte Ausstattung unserer Schulen mit OGS-Plätzen nicht alleine schaffen. Hier müssen endlich Land und Bund ihre Verantwortung übernehmen und die finanzielle Lücke schließen. Es kann und darf nicht sein, dass wir hier vor Ort vor die Wahl gestellt werden: entweder finanzieren wir OGS oder Schulsanierung, oder ÖPNV, oder unser kulturelles Angebot. Wer die Kommunen nicht kaputt sparen will, sollte endlich bereit sein, seinen Teil für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur zu zahlen.

Bereits seit 2008 gilt die Einrichtung von Ganztagsangeboten als kommunale Pflichtaufgabe. Es gibt aber keine detaillierten Vorgaben für die konkrete quantitative Ausgestaltung vor Ort. Zudem hat die damalige Landesregierung im Jahr 2013 verlauten lassen:

„Ein bedarfsgerechtes Angebot müssen die Kommunen mit Blick auf den eigenen Haushalt schaffen. Die Durchführung einer offenen Ganztagschule ist zwar eine Pflichtaufgabe, der Höhe nach aber freiwillig.“

Das heißt doch wohl: wir sind zwar verpflichtet, den offenen Ganztags auszubauen, aber es darf nicht viel kosten. Wir müssen also an der Quantität oder an der Qualität sparen.

Beides kann nicht im Sinne der jungen Familien sein, in denen oft beide Eltern arbeiten müssen oder wollen, weil die Mütter nach einer Babypause wieder in ihren Beruf zurückgekehrt sind. Und wenn sie beim Übergang in die Grundschule keinen Ganztagsplatz für ihr Kind bekommen, müssen sie ihre Berufstätigkeit wieder aufgeben. OGS bzw. eine verlässliche Betreuung für die Kinder ist eben auch Wirtschafts- und Frauenförderung in einem!

Deshalb werden wir uns bei den nächsten Haushaltsberatungen für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung einsetzen und unterstützen die von der SPD eingebrachte Resolution in der Hoffnung, dass wir auf Landes- und Bundesebene nicht nur gehört werden, sondern dass dort endlich verstanden wird, dass wir das Geld für den notwendigen Umfang von OGS in unserer Stadt **schlicht nicht haben!**

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.